



Mitgliederinfo

Magdeburg, im August 2024



dbb
beamtenbund
und tarifunion
sachsen-anhalt

DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

DPoIG, Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Landesgeschäftsstelle, Schleinufer 12, 39104 Magdeburg
Telefon: (0391) 50 67 492 www.dpolg-st.de Mail: info@dpolg-st.de

Unsere Landesregierung plant tiefe Einschnitte – auch beim Personal

Wie die Mitteldeutsche Zeitung (MZ) bereits am 13. September 2024 berichtete, plant unsere Landesregierung tiefe Einschnitte, um Geld zu sparen. Weitere Maßnahmen werden wohl folgen müssen.

Laut MZ soll Finanzminister Richter (CDU) immer wieder davon gesprochen haben, dass man in Sachsen-Anhalt anfangen müsse, finanzielle Prioritäten zu setzen. Die steigenden Ausgaben „drohen der Verwaltung über den Kopf zu wachsen“, allein die Personalausgaben würden derzeit ein Drittel des Gesamthaushaltes ausmachen.

Weiter hieß es, die Landesregierung wolle einen härteren Sparkurs als in den vergangenen Jahren einschlagen. So sei eine Neubesetzungssperre für Verwaltungsstellen geplant, die 2 Jahre andauern soll.

Wenn diese Vorstellungen Realität werden, dann werden in Zukunft fast alle Behörden auf neues Personal verzichten müssen. Und das in einer Zeit, in der die Verwaltungsstellen ohnehin schon unterbesetzt sind und Nachwuchs mehr als rar ist.

Olaf Sendel erklärte für die DPoIG, dass „... diese Vorstellungen sehr schnell an die Zeit vor gut 10 Jahren erinnern. Schon damals gab es die Idee, Personal in Größenordnungen abzubauen, die Parteien konnten sich gar nicht schnell genug gegenseitig unterbieten, wie viel Personal z.B. im Polizeivollzugsdienst benötigt wird. Anstatt jetzt die Augen zu öffnen und die ungeschönte Realität anzuerkennen, scheint man nun wieder einem Sparwahn zu verfallen. Es stellt sich zwangsläufig die Frage, wer in Zukunft und insbesondere in den 2 Übergangsjahren die anfallende Verwaltungsarbeit erledigen soll. Vermutlich werden dies die Vollzugsbeamten bei der Polizei übernehmen, mit der Folge, dass diese dann keine Funkwagen mehr besetzen können und unser Land unterm Strich noch unattraktiver wird. Insofern gebe ich die Hoffnung nicht auf und hoffe auf bessere Zeiten und ein deutliches Umdenken in der Politik!“

